

(Vizepräsident Andreas Gram)

ist damit vorgelegt und besprochen worden. – Herr Dr. Gutzeit! Im Namen des ganzen Hauses danke ich Ihnen und Ihren Mitarbeitern, was ich auch auszurichten bitte, ganz herzlich für die geleistete wichtige Arbeit.

[Allgemeiner Beifall]

Wir kommen jetzt zur

lfd. Nr. 4:

Prioritäten

gemäß § 59 Abs. 2 der Geschäftsordnung
des Abgeordnetenhauses von Berlin

Wir beginnen mit der

lfd. Nr. 4.1:

Priorität der Fraktion der SPD

Tagesordnungspunkt 23

**„Tag des offenen Unternehmens“ für Schülerinnen
und Schüler berlinweit ausrichten!**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der
CDU

Drucksache [17/1600](#)

Für die Beratung steht den Fraktionen jeweils eine Redezeit von grundsätzlich fünf Minuten zur Verfügung. Soweit eine Fraktion die Redezeit von fünf Minuten überschreitet, erfolgt eine Anrechnung auf das Kontingent der Fraktion. Das steht in § 64 Abs. 1 Satz 1 unserer Geschäftsordnung. Es beginnt die Fraktion der SPD. Der Kollege Langenbrinck hat das Wort. – Bitte schön! – Meine Damen und Herren! Ich habe da irgendwie Pfeifen gehört. Das unterlassen wir bitte! Das ist nicht schicklich im Haus. –

Joschka Langenbrinck (SPD):

Es galt vermutlich mir, und ich nehme es mit großem Dank entgegen. – Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Immer mehr Schüler machen in Berlin Abitur, immer weniger verlassen die Schule ohne Abschluss. Das ist eine gute Entwicklung, leider gilt aber auch: Diese gute Entwicklung trifft nicht auf alle Bezirke zu. Schüler in sozialen Brennpunkten machen immer noch seltener das Abitur, dafür häufiger einen Hauptschulabschluss. Sie brechen auch häufiger die Schule ohne weitere Perspektive ab. Besonders betroffen sind dabei Schüler nichtdeutscher Herkunftssprache.

Wie sieht die Situation bei den jungen Leuten aus, die eine Arbeit suchen? – Auch hier gibt es eine gute Entwicklung in Berlin: Immer mehr Jugendliche unter 25 Jahren finden einen Arbeitsplatz. Diese Medaille aber hat eine Kehrseite: Im März waren trotzdem mehr als 18 000 Jugendliche arbeitslos; das ist eine Quote von 11 Prozent; damit liegt Berlin über dem Durchschnitt der Bundesländer.

Wie sieht die Situation bei den Schulabgängern aus, die eine Ausbildung suchen? – Auch hier gibt es eine gute Entwicklung in Berlin: Die Unternehmen bieten wieder mehr Ausbildungsplätze an. Aber auch diese Medaille hat eine Kehrseite: Es bilden immer noch zu wenige Betriebe aus. Im letzten Ausbildungsjahr blieben 1 500 Jugendliche ohne eine Ausbildung, obwohl fast 700 Plätze offen blieben.

Uns Sozialdemokraten ist dabei wichtig, dass die Übergänge zwischen Schule und Beruf nicht zu Abbruchkannten werden. Wir wollen, dass es möglichst wenige Brüche im Bildungsweg der Kinder gibt. Wir wollen, dass jedes Kind seinen Weg bis ins Berufsleben gehen kann. Dieser Bildungsweg fängt für uns in der Kita an, geht über die Schulzeit und führt schließlich zur Ausbildung oder dem Studium. Wir kümmern uns um die gesamte Bildungsbiografie, deshalb haben wir die Qualität in den Kitas verbessert und viele Tausend neue Kitaplätze geschaffen.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Deshalb überlegen wir, auch den Kitabesuch für Kinder unter drei Jahren kostenlos zu machen. Deshalb haben wir die Sprachförderung für Kinder ausgeweitet, die keine Kita besuchen. Deshalb setzen wir die Schulpflicht konsequent durch. Deshalb greifen wir über 200 Schulen mit unserem Brennpunktschulenprogramm gezielt unter die Arme. Deshalb haben wir die Sekundarschulen geschaffen und die Ganztagschulen ausgebaut. Deshalb haben wir das duale Lernen und die Berufsorientierung in den Schulen gestärkt. Deshalb wird in jedem Bezirk eine Jugendberufsagentur gegründet. Und deshalb wollen wir auch, dass jedes Jahr ein Tag des offenen Unternehmens für alle Schüler der 9. und 10. Klassen ausgerichtet wird.

[Beifall bei der SPD –
Beifall von Hildegard Bentele (CDU)]

Dieser Tag des offenen Unternehmens nach Vorbild des Unternehmensnetzwerks Neukölln-Südring in meinem wunderbaren Wahlkreis ist, neben vielen anderen Aktivitäten wie dem Tag der Technik, der Langen Nacht der Industrie, Girls' und Boys' Day, ein weiterer sinnvoller Mosaikstein zur Berufsorientierung und Berufsinformation der Schüler. Wir wissen alle aus eigener Erfahrung, dass es ein langer und häufig auch steiniger Weg ist und sein kann, sich gute Perspektiven für seine Zukunft zu erarbeiten. Der Tag des offenen Unternehmens kann den Schülern dabei helfen zu sehen, dass sie das, was sie in der Schule lernen, später tatsächlich brauchen, und sich zu motivieren, seine Backen zusammenzukneifen und einen guten Abschluss zu machen – das interessante Ausbildungsangebot dabei fest im Blick.

Das Besondere an diesem Tag ist, dass die Jugendlichen nicht zu einer Ausbildungsmesse fahren, auf der sie von irgendwelchen Unternehmensvertretern mit Anzug und Krawatte vollgesabbelt werden, sondern an diesem Tag können sie sich in einem Betrieb ihrer Wahl vor Ort über

(Joschka Langenbrinck)

konkrete Ausbildungsmöglichkeiten und über eine Perspektive für ihren weiteren Lebensweg informieren.

Die Verknüpfung von Schule und Unternehmen ist alles in allem ein wichtiger und richtiger Ansatz, um den Übergang von der Schule in den Beruf hinzubekommen. Wir Sozialdemokraten wollen – das ist ganz klar –, dass kein Jugendlicher auf der Strecke bleibt. Wir wollen, dass jeder von ihnen die Chance hat, etwas aus seinem Leben zu machen, seinen eigenen Weg zu gehen und seine eigenen Ziele zu erreichen, und das vollkommen losgelöst von der Herkunft des Kindes oder Jugendlichen. – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Vizepräsident Andreas Gram:

Vielen Dank, Herr Kollege Langenbrinck! – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich jetzt das Wort der Kollegin Remlinger. – Bitte sehr!

Stefanie Remlinger (GRÜNE):

Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Langenbrinck! In der Tat möchte ich mich dafür bedanken, dass Sie das Thema Studien- und Berufsorientierung mit Ihrem kleinen Mosaikstein, wie Sie ihn selbst genannt haben, hier heute auf die Tagesordnung gebracht haben. Ich freue mich, dass wir das Thema, dass viele Jugendliche unsicher sind, was sie eigentlich als Nächstes wollen, diskutieren. Ich frage Sie alle: Wann wussten Sie eigentlich, dass Sie Abgeordnete, Berufspolitikerinnen und Berufspolitiker werden wollten? Wussten Sie das, als Sie 15 Jahre alt waren? Berufs- und Studienorientierung ist in der Tat ein Thema für alle, für alle Schultypen – Sekundarschulen, Gemeinschaftsschulen und auch Gymnasien.

Es ist ein Thema, das in der Stadt brennt, denn Stand Ende April waren 2 737 Jugendliche immer noch ohne Ausbildungsplatz. Gleichzeitig – das ist eine interessante Gegenüberstellung – waren über 3 000 Ausbildungsplätze noch unbesetzt. Da, wo Jugendliche nicht unbedingt wissen, was sie wollen, da wissen Unternehmen oft nicht, was ihnen die Schulzeugnisse, die ihnen zugeschickt werden, sagen sollen. Lassen Sie uns also in der Tat über Studien- und Berufsorientierung und über einen gelingenden Übergang von Schule zum Beruf eingehender sprechen!

Insofern sage ich qualifizierend zu Ihnen heute als Koalition: Einen berlinweiten Tag der offenen Tür für Schülerinnen und Schüler in den Unternehmen kann man meinetwegen machen. Ich bin trotzdem nur dann geneigt, dem Antrag zuzustimmen, wenn wir das im Ausschuss mit einer Beratung über das Landeskonzept für Berufs- und Studienorientierung, das momentan beim Senat in

Arbeit ist, verbinden. Das braucht noch unsere Hilfe und Diskussion.

Ich würde mich sehr freuen, wenn wir darüber nachdenken würden, was den einzelnen Jugendlichen wirklich hilft. Wenn wir uns der Frage in einer Detailschärfe widmen und uns einigen, dass die Themen Persönlichkeitsentwicklung, Selbständigkeit und Verantwortungsübernahme im Zentrum stehen müssen und es nicht darum geht, das duale Lernen einerseits mit allumfassenden Heilshoffnungen zu überfrachten und es gleichzeitig in einer Oberflächlichkeit zu betrachten, in der es egal ist, was für ein Praktikum ich wo mache – Hauptsache ich habe ein Praktikum bei irgendeinem Betrieb gemacht –, sondern um das Matching, wo sich die Jugendlichen in den Bereichen ausprobieren können und auch kleine Erfahrungen des Scheiterns, wo sie denken, das könnte etwas für sie sein – –

Bis dahin ist es noch ein langer Weg. Da geht es nicht nur um Praktika oder Betriebsbesuche, sondern auch um die schwierige Verknüpfung zwischen den regional organisierten allgemeinbildenden Schulen und den thematisch, berufsgruppenspezifisch organisierten beruflichen Schulen und wie da eine sinnvolle Verknüpfung und Kooperation aussehen kann. Es geht auch um eine Verknüpfung mit den Hochschulen. Das muss klar sein. Es ist eine Mammutaufgabe, das mit der Jugendberufsagentur zusammenzudenken, wo ich mich sehr freue, dass Sie unseren Antrag angenommen haben und dass es auf dem Weg ist, aber auch da reicht es nicht, wenn wir sagen, wir richten eine Jugendberufsagentur ein. Wer von Ihnen weiß denn, ob man das essen oder trinken muss? – Es ist überhaupt noch nicht klar, was das überhaupt ist. Auch der Senatsverwaltung ist nicht klar, wie die Schnittstelle zum Landeskonzept für Berufs- und Studienorientierung aussehen kann. Deshalb wiederhole ich meine Bitte: Lassen Sie uns ein Bündnis für berufliche Bildung überparteilich gründen und die Fragen des Überhangs Schule-Beruf systematisch miteinander klären, zur Not in einer Enquete-Kommission! – Vielen Dank!

[Beifall bei den GRÜNEN –
Beifall von Martin Delius (PIRATEN)]

Vizepräsident Andreas Gram:

Danke, Frau Kollegin Remlinger! – Für die Fraktion der CDU hat jetzt das Wort die Kollegin Bentele. – Bitte schön!

Hildegard Bentele (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Neukölln ist nicht überall. Das ist uns natürlich klar, aber es kann gute Gründe geben, gute Initiativen aus Neukölln auf die ganze Stadt auszudehnen. Die Veranstaltung eines Tages des offenen Unternehmens ist eine solche, denn sie füllt eine Lücke im bisherigen

(Hildegard Bentele)

Berufsbildungsangebot. Alle Schüler der 9. und 10. Klassen informieren sich dabei nicht nur theoretisch, wie auf einer Messe, oder schnuppern – wie beim Tag der Technik oder der Langen Nacht der Industrie – generell in Unternehmen hinein, sondern sie gehen für einen Tag in die Betriebe in ihrem Bezirk und können dort erfahren, welche Vielfalt an Ausbildungsberufen es gibt, welche Voraussetzungen man erfüllen muss, um eine Ausbildung zu beginnen, wie man sich bewirbt etc. Ich erhoffe mir von der Ausdehnung dieser Initiative auf ganz Berlin, dass die Motivation bei allen Jugendlichen steigt, einen berufsqualifizierenden Schulabschluss zu erwerben, und dass durch den Tag des offenen Unternehmens Kontakte geknüpft werden, die dazu führen, dass Schulabgänger direkt nach dem Schulabschluss auf einen Ausbildungsplatz ihres Wunsches wechseln.

Die Initiative senkt Hürden und schafft die notwendigen Netzwerke zwischen Schule und Ausbildungsbetrieben, und da es auch in anderen Bezirken schon jetzt regionale Ausbildungsbündnisse und -projekte gibt, müsste ein Tag des offenen Unternehmens eigentlich auch in den anderen Bezirken gut umsetzbar sein, wenn der Senat hierbei noch unterstützend wirkt.

Vizepräsident Andreas Gram:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Kittler?

Hildegard Bentele (CDU):

Ich wollte nur noch einen Satz sagen. – Es handelt sich um eine gute, sinnvolle Initiative, der wir alle zustimmen sollten.

Regina Kittler (LINKE):

Ach so, Sie waren schon am Ende.

Hildegard Bentele (CDU):

Das war ich.

Regina Kittler (LINKE):

Frau Bentele! Ich wollte Sie fragen, ob Sie in der Koalition schon überlegt haben, wie viel Personal Sie der Senatsverwaltung dafür zur Verfügung stellen wollen.

Hildegard Bentele (CDU):

Ich glaube, für die Ausrichtung eines Tages im Jahr brauchen wir kein zusätzliches Personal.

[Beifall bei der CDU und der SPD]

Vizepräsident Andreas Gram:

Danke schön! – Frau Kittler, Sie haben jetzt gleich selbst das Wort für die Fraktion der Linken. – Bitte schön!

Regina Kittler (LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag hört sich erst einmal gut an, will er sich doch um Berufsorientierung und eine damit verbundene bessere Motivierung von Schülerinnen und Schülern, die bestmöglichen Abschlüsse zu erreichen, kümmern. Schauen Sie aber genauer hin, tun Sie doch einige Fragen auf. So wollen die antragstellenden Fraktionen für alle Schülerinnen und Schüler der 9. und 10. Klassen einen landesweiten Tag des offenen Unternehmens vom Senat ausgerichtet haben, wobei die Agentur für Arbeit mit dem Senat kooperieren soll. Oha!, kann ich da nur sagen. Wir haben gegenwärtig im neunten Jahrgang ca. 33 000 und im zehnten Jahrgang 30 000 Schülerinnen und Schüler. An einem Tag sollen also 63 000 Jugendliche die Unternehmen der Stadt fluten. Hier von einem kleinen Mosaiksteinchen zu sprechen, Herr Langenbrinck, finde ich sehr mutig.

[Zurufe von Joschka Langenbrinck (SPD) –
Martin Delius (PIRATEN): Mehr ist es auch nicht!]

Auf die hier nötige logistische Meisterleistung bin ich schon sehr gespannt. Mal schauen, ob diese Art von Planwirtschaft gelingt!

Dann wollen Sie den Tag landesweit durchführen lassen, sagen in der Begründung allerdings, dass die Aktionen im Umkreis der Schule stattfinden sollen. Was machen Sie, wenn im Umkreis der Schule – die Frage wäre: Wie groß soll der eigentlich sein? – gar keine oder zu wenige Unternehmen sind oder wenn eine Schülerin oder ein Schüler sich gerade nicht für die Unternehmen vor Ort, sondern für solche am anderen Ende der Stadt interessiert? Auch bezieht sich die Begründung auf das Vorbild des Unternehmensnetzwerks Neukölln-Südring, also auf Unternehmen aus den Bereichen Industrie, industriennahe Dienstleistung, Handwerk und Gewerbeimmobilienwirtschaft. Das soll das Vorbild sein? Da frage ich: Was ist mit den Landesbetrieben, mit der BVG oder der BSR zum Beispiel? Sie würden für mich unbedingt dazu gehören und auch die Berliner Verwaltung wie auch Bildungseinrichtungen, Jugendfreizeitstätten, Theater, überhaupt Kultureinrichtungen, die Polizei, Gerichte, die Feuerwehr – oder das Berliner Abgeordnetenhaus; das wäre auch noch eine Variante. Abgesehen davon ist das Netzwerk in Neukölln ein von sich aus gewachsener Verein. Solche gewachsenen Strukturen gibt es nicht überall.

[Zuruf von Joschka Langenbrinck (SPD)]

Jetzt soll es der Senat ausrichten, in Kooperation mit Arbeitsagentur und Unternehmen. Es tut mir leid, Frau Bentele, das sehe ich anders, das wird der Senat nicht so einfach organisieren können, auch wenn die Agentur für Arbeit mit eingespannt wird. Auch dort haben wir eine Arbeitsverdichtung, sodass sie das nicht mal so eben nebenbei machen können. Ich befürchte, dass Sie das schon wieder den Schulen überhelfen wollen. Wenn das

(Regina Kittler)

stattfindet, weiß ich nicht, wie das Ganze enden soll. Aber darüber können wir gern im Ausschuss diskutieren.

Für mich ist dann auch die Frage zu diskutieren, wieso Sie hier nicht die von Ihnen gerade vorhin in der Aktuellen Stunde noch mal beschworene Jugendberufsagentur mit ihren Filialen in den Bezirken, sondern ausdrücklich nur die Arbeitsagentur benennen. Das verschließt sich mir völlig.

Die weitere Entwicklung von Kooperationsbeziehungen zwischen Schulen und ortsansässigen Unternehmen einschließlich denen des öffentlichen Sektors, die Unterstützung von Initiativen vor Ort, mehr Schülerpraktika und effektiver WAT-Unterricht wären nachhaltige Themen, die wir auch in diesem Zusammenhang in den Ausschüssen diskutieren müssen. – Danke sehr!

[Beifall bei der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN]

Vizepräsident Andreas Gram:

Vielen Dank, Frau Kollegin Kittler! – Für die Piratenfraktion hat jetzt das Wort Kollege Delius. – Bitte schön!

Martin Delius (PIRATEN):

Vielen Dank, Herr Präsident! – Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Koalition möchte – ich glaube, da sind wir uns im Haus alle einig – die Berufsorientierung stärken und der steigenden Jugendarbeitslosigkeit in Berlin begegnen.

[Beifall von Sven Kohlmeier (SPD)]

– Ja, Herr Kohlmeier, da sind wir uns tatsächlich alle einig. Und das freut mich auch sehr. – Um zu beweisen, wie wichtig das Thema der SPD ist, hat sie das gleich zur Priorität gemacht. Aber da bin ich ein bisschen deutlicher als meine Kolleginnen und Kollegen von der Opposition vor mir. Wenn man sich den Antrag durchliest, kann man die Priorität dieses Themas nicht so richtig nachvollziehen; denn – ja, Herr Langenbrinck! – das ist nur ein ganz kleines Mosaiksteinchen, was Sie uns anbieten bzw. als Lösungsoption verkaufen.

Das Problem auf dem Berliner Arbeitsmarkt für Jugendliche ist allerdings dramatisch, das kann man auch nicht kleinreden. Ich gebe Ihnen ein paar Zahlen: Nur 13,5 Prozent aller Betriebe in Berlin bilden überhaupt aus. Dieses Problem lösen Sie mit solchen Tagen auch nicht. 14 000 Jugendliche befinden sich in Warteschleifen in der Hoffnung auf Ausbildungsplätze oder in Weiterbildungsmaßnahmen, die oft nicht für sie passen oder keine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt liefern.

17 000 arbeitslose Jugendliche von 15 bis 25 Jahren gibt es in Berlin. Mit 11,4 Prozent ist das doppelt so hoch wie der Bundesdurchschnitt. Das sieht auch nicht so gut aus.

33,6 Prozent der Lehrlinge insgesamt in Berlin brechen laut des Berufsbildungsberichts des Bundesinstituts für Berufsbildung vom April 2013 ihre Lehre vorzeitig ab. Das sind 24,4 Prozent im Bund, da liegen wir also auch drüber. Im Zeitraum von 2000 bis 2012 ist die Zahl der neu abgeschlossenen Berufsbildungsverträge bei der IHK von 12 382 jährlich auf 10 740 jährlich zurückgegangen. Und zum Vergleich noch mal: Im Jahr 2007 stellten Unternehmen in Berlin 1 407 Auszubildende in Industriebetrieben ein, im Juni 2013 lag die Zahl bei 1 090. Auch da geht die Zahl herunter.

Was will die Koalition laut Antrag dagegen tun? – Sie möchte einmal im Schuljahr einen Tag für die 9. und 10. Klassen opfern, um eine Berufsorientierung im Unternehmen und mit Unternehmen zu ermöglichen. Das ist nicht genug. Das führt meiner und unserer Meinung nach an der Dramatik des Problems vorbei.

Was kann man stattdessen tun? Welche Probleme gibt es denn eigentlich, die man angehen müsste? – Es fehlen immer noch Kooperationen, Patenschaften zwischen Schulen und Betrieben zur besseren Koordinierung von Praxistagen, Praktika und Bewerbungstrainings. – Das wurde auch schon von Frau Remlinger angesprochen. – Diese können auch zu Übernahmegarantien führen, wenn sie ausreichend erprobt sind. Das ist überhaupt nicht Teil des Antrags. Die unzureichende Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt innerhalb der Schule ist immer wieder Thema in Gesprächen außerhalb und innerhalb dieses Hauses. Insbesondere die Gymnasien müsste man in den Blick nehmen, weil wir da im bundesweiten Vergleich weit hinterherhinken.

Die Perspektivlosigkeit junger Menschen auf dem Arbeitsmarkt aufgrund schlechter Noten und die unzureichende Notenfixierung zur Leistungsbemessung in Politik und Öffentlichkeit – auch darüber haben wir aktuell wieder in der Presse etwas lesen dürfen. Ich finde im Übrigen nicht schlecht, dass die Senatsverwaltung jetzt den Zugang zum und die Benotung beim MSA erleichtert und auch die Nachprüfungszahl erhöht hat. Es ist gut, überhaupt einen Abschluss zu bekommen, denn – das ist mein nächster Punkt – wir haben immer noch zu viele Abgänger ohne Abschluss. Ein Abschluss ist der erste Schritt, um Zugang zum Arbeitsmarkt und zu einer Ausbildung zu bekommen. Darüber müssten wir auch diskutieren.

Letzter Punkt, was die Probleme angeht, was auch nicht vergessen werden darf: Jugendlichen mit Migrationshintergrund bleibt der Zugang zum Arbeitsmarkt oft aufgrund von struktureller Diskriminierung verschlossen. Da reicht es oftmals schon, dass man einen vermeintlich fremd wirkenden Namen hat. Deshalb biete ich Ihnen für die Piratenfraktion an: Wir können uns gerne zusammensetzen und zum Beispiel die Unterfinanzierung der beruflichen Schulen beenden. Wir haben dann auch bald

(Martin Delius)

wieder Haushaltsberatungen. Wir könnten die Gängelung der beruflichen Schulen in freier Trägerschaft beenden – das haben Sie gerade beschlossen –, die hochdynamisch auf den Arbeitsmarkt reagieren können, aber finanziell ausgebremst werden. Wir könnten endlich das Landesinstitut für berufliche Schulen zur Koordination und die inhaltliche Neuausrichtung der Oberstufenzentren in Zusammenarbeit mit den Schulen einführen. Da warten wir wahrscheinlich noch lange auf eine Senatsvorlage. Wir könnten den Personalmangel an den beruflichen Schulen beheben.

Wir könnten auch – das war schon Thema in den vorherigen Redebeiträgen – endlich mal anfangen, richtig über die Jugendberufsagenturen zu reden. Und, Frau Remlinger, um Ihre Frage zu beantworten: Ich bin der Meinung, soweit sich mir das darstellt, sind sie ein Brei; man kann sie sowohl essen als auch trinken. Es kann nämlich alles sein oder nichts. Ich würde darüber gern reden. Ich sehe Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, in der Pflicht, da Ihrem Senat Beine zu machen und zu sagen: Wir brauchen jetzt die Vorlage, wir brauchen das LIBS und die Jugendberufsagenturen, um darüber diskutieren zu können. – So muss ich Ihnen leider sagen: Thema verfehlt, in der Benotung wäre das ungenügend. Schade, das Thema ist zu wichtig! – Vielen Dank!

[Beifall bei den PIRATEN und
der LINKEN –
Beifall von Stefanie Remlinger (GRÜNE)]

Vizepräsident Andreas Gram:

Vielen Dank, Herr Kollege Delius! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Zu dem Antrag wird die Überweisung federführend an den Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie und mitberatend an den Ausschuss für Wirtschaft, Forschung und Technologie beantragt. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so.

Wir kommen zur

lfd. Nr. 4.2:

Priorität der Fraktion der CDU

Tagesordnungspunkt 26

**Transparente Veröffentlichung im Internet aller
Möglichkeiten für die Beantragung von
Fördermitteln im Bereich Integration**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der
CDU
Drucksache [17/1606](#)

Auch hier wieder fünf Minuten Redezeit vom Kontingent. Mehr brauche ich dazu nicht zu sagen. Der Kollege Dregger hat das Wort für die Fraktion der CDU. – Bitte schön!

Burkard Dregger (CDU):

Herzlichen Dank, Herr Präsident! – Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute einen Antrag der Koalitionsfraktionen CDU und SPD, der Ihnen, wenn Sie ihn lesen, vielleicht recht klein und unbedeutend vorkommen mag, Veröffentlichung von Fördermitteln für Integrationsmaßnahmen im Internet – das klingt vielleicht nicht für alle so wichtig.

[Martin Delius (PIRATEN): Internet?]

Unser Antrag geht zurück auf eine Reihe von Gesprächen, die ich mit den verschiedenen Migrantenselbstorganisationen in unserer Stadt führen durfte. Er behandelt ein Anliegen, das diese an mich herangetragen haben.

Worum geht es? – Als Haushaltsgesetzgeber stellen wir jedes Jahr erhebliche Mittel zur Förderung der Integration von Zuwanderern und ihrer Familien in unserem Land zur Verfügung. Allein im Einzelplan Integration werden für die Förderung von Integrationsmaßnahmen jährlich über 8,5 Millionen Euro bereitgestellt. Auch in anderen Einzelplänen werden verschiedene integrationspolitisch relevante Maßnahmen finanziert z. B. in den Bereichen Förderung der deutschen Sprache, vorschulische/schulische Bildung, Ausbildung/Studium und Arbeitsmarkt, ehrenamtliche Tätigkeiten, gesellschaftliche Teilnahme, Bekämpfung von Rechtsextremismus, von Rassismus, von ethnischer Diskriminierung, von Antisemitismus, von Fremdenfeindlichkeit und Islamismus, Stärkung der Demokratie und Schutz vor Diskriminierung und Gewalt. Es gibt allein auf der von uns zu verantwortenden Landesebene eine geradezu unübersehbare Vielfalt von Fördermitteln für solche im weitesten Sinn integrationspolitischen Maßnahmen. Den Überblick zu behalten, fällt selbst uns nicht immer leicht. Hinzu kommen dann noch Fördermaßnahmen des Bundes und die neu ausgeschriebenen EU-Programme.

Jetzt können Sie fragen, was soll's, wo ist das Problem. Ich finde, es gibt zwei wichtige Gründe, weshalb wir hier eine bessere Transparenz schaffen sollten. Erstens: Nur wenn wir Abgeordnete und auch der Senat einen guten Überblick darüber haben, welche Fördermittel zur Verfügung stehen, können wir die Maßnahmen, ihre inhaltliche Ausgestaltung und ihre finanzielle Ausstattung optimal aufeinander abstimmen. Wir können als Land da ansetzen, wo Bundesprogramme enden. Wir können dadurch den Einsatz unserer nicht unbegrenzten Mittel optimieren.

Zweitens: Unter den von uns geförderten Projektträgern befinden sich nicht nur die großen Wohlfahrtsverbände und andere, die möglicherweise mit großen Beträgen eigens dafür angestellte Mitarbeiter beschäftigen können, um Fördermittel aufzuspüren, sondern einen wichtigen Teil unserer Integrationsarbeit erbringen, kleine Projektträger, die nicht über die Ressourcen verfügen, mit Manpower Fördermittel zu finden. Stellen Sie sich einen kleinen Projektträger wie den Polnischen Sozialrat e. V. vor!